



# Holzarbeiter-Zeitung

## Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kasper, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenverkauf: Edward Steinbremer, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 10, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Zeitungs- oder deren Raum 1 Mt.  
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 50 Pfg.  
Besammlungsanzeigen 30 Pfg.

### Pünktliche Beitragsleistung.

Mit Beginn dieses Jahres haben die Mitglieder in den meisten Zahlstellen ihre Beiträge nicht unwesentlich erhöht. Diese haben damit eine immerhin ansehnliche Höhe erreicht. Um mit der Beitragsleistung auf dem laufenden zu bleiben, ist es nun ganz besonders notwendig, daß regelmäßig, möglichst jede Woche, gezahlt wird. Rückstände summieren sich schnell. Die Leistung einer größeren Summe fällt schwer, mancher glaubt, daß es ihm unmöglich sei, die aufgelaufenen Schulden an die Organisation zu begleichen, und die Folge ist, daß er dem Verband verlorengeht, oder daß er seine alte Mitgliedschaft preisgibt und sich neu aufnehmen läßt.

Beide Lösungen sind sowohl im Interesse des Verbandes als in dem des einzelnen Mitgliedes sehr unerwünscht. Für das Mitglied bedeutet nicht nur die Aufgabe der Mitgliedschaft, sondern auch ihre Unterbrechung, selbst nur für kurze Zeit, eine unter Umständen sehr erhebliche materielle Schädigung. Mit der Dauer der Mitgliedschaft steigen die Sätze der verschiedenen Unterstützungseinrichtungen. Für die Bemessung des Anspruches kann aber eine frühere Mitgliedschaft, die vor dem letzten Aufnahmetag liegt, nicht in Betracht gezogen werden.

Um Beitragsrückstände zu vermeiden, müssen die Ortsverwaltungen Einrichtungen treffen, die eine pünktliche Beitragsleistung ermöglichen. Die Art dieser Einrichtungen richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen. Es gibt sehr verschiedene Möglichkeiten, die hier nicht erörtert werden brauchen. Jedenfalls müssen die Ortsverwaltungen dieser Frage fortgesetzt die größte Aufmerksamkeit zuwenden. Von allen Mitgliedern aber muß erwartet werden, daß sie von den Einrichtungen auch Gebrauch machen und streng darauf achten, daß sie mit ihren Beiträgen stets auf dem laufenden sind. Im Falle der Erwerbslosigkeit, insbesondere also bei Krankheit und Arbeitslosigkeit, sind die Mitglieder beitragsfrei. Sie müssen sich aber rechtzeitig melden und dafür sorgen, daß ihre Mitgliedsbücher fortlaufend abgestempelt werden, da sie andernfalls Gefahr laufen, ihre Mitgliedschaft zu verlieren.

In der pünktlichen Beitragszahlung äußert sich die Zugehörigkeit des Mitgliedes zum Verband mehr äußerlich; ihr Verhältnis zueinander darf sich aber darauf nicht beschränken, andernfalls wäre es um unsere Organisation schlecht bestellt. Der Verband ist bemüht, die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder wahrzunehmen und ihnen in den verschiedenartigsten Nöten des Lebens helfend zur Seite zu stehen. Er ist aber keine Versicherungsanstalt in dem Sinne, daß sich die Mitglieder darauf beschränken können, Beiträge zu zahlen, um beim Eintritt des Versicherungsfalles die Gegenleistung zu fordern. Was der Verband bisher geleistet hat, und was er fortgesetzt leistet, das konnte und kann er nur vollbringen durch die ständige eifrige Mitarbeit aller Mitglieder. Die Erwerbslosen unserer Organisation sind nicht gering anzuschlagen. Dank unserm Zusammenwirken im Verband ist es uns gelungen, durch Steigerung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit eine Erhöhung unserer Lebenshaltung zu erzielen, die zu erreichen dem einzelnen ganz unmöglich gewesen wäre.

Der Verband ist die Verkörperung des Gesamtwillens der Mitglieder. Seine Einrichtungen entsprechen dem Willen der Mitglieder; was die Mehrheit der Mitglieder verlangt, wird durchgeführt und ist für den Verband Gesetz. Die Interessen des Verbandes fallen zusammen mit denen seiner Mitglieder. Damit alle Lebensäußerungen des Verbandes sich stets im Einklang mit den Wünschen der Masse der Mitglieder befinden, ist eine andauernde Verständigung untereinander notwendig. Diese Verständigung erfolgt in erster Linie durch die Mitgliederversammlungen, die damit zugleich eine Stätte gegenseitiger Belehrung werden. Sie wird aufrechterhalten durch ständigen brieflichen und mündlichen Verkehr der Mitglieder und der Ortsverwaltungen mit dem Verbandsvorstand, den Gauvorständen und sonstigen Funktionären des Verbandes wie den Zentralkommissionen usw. Als wesentliches Bindemittel kommt vor allem auch unsere „Holzarbeiter-Zeitung“ in Betracht, die dementsprechend überall beachtet und gewürdigt werden sollte.

Auf seine bisherigen Leistungen und Erfolge darf unser Verband mit Recht stolz sein. Sie sind das Ergebnis des Zusammenwirkens der Kollegenschaft, die sich im Laufe der Jahre immer zahlreicher unter den Zeichen unserer Bestrebungen wächst und an der, in das Heer unserer Organisation lassen sich fortgesetzt neue Rekruten einschreiben. Das können wir mit Befriedigung feststellen, müssen aber dabei immer wieder betonen, daß unsere Werbetätigkeit nicht erlahmen darf, sondern mit gesteigerter Kraft unangeseht fortgeführt werden muß. Die neuen Mitglieder vornehmlich müssen immer wieder auf die freiwillig übernommenen Pflichten hingewiesen werden. Die erste, aber auch am leichtesten zu erfüllende Pflicht ist: Pünktliche Beitragsleistung!

### Die Holzindustrie nach dem Kriege.

Unser Wirtschaftsleben erfreut sich einer glänzenden Blüte. Industrie und Handel erzielen gewaltige Gewinne; die Leiter der Aktiengesellschaften haben große Mähe, die Bilanzen, die sie zu veröffentlichen verpflichtet sind, so zu fristieren, daß die reichen Ertragnisse der Unternehmungen nicht gar zu deutlich in Erscheinung treten. Von der Rentabilität der Landwirtschaft geben die Berichte der ländlichen Spar- und Darlehnskassen Kunde. In sie fließt ein Geldstrom, den diese Klassen kaum bewältigen können. In fast allen Zweigen unseres Wirtschaftslebens herrscht eine fiebrige Tätigkeit; es mangelt an Arbeitskräften, um die Fülle der vorliegenden Aufträge zu bewältigen. Kurzum, alle Erscheinungen, die als Barometer für den Stand unseres Wirtschaftslebens in Betracht kommen, stimmen darin überein, daß wir uns in einer wirtschaftlichen Hochkonjunktur befinden, die kaum noch überboten werden kann.

In dieser herrlichen Blüte des Wirtschaftslebens nagt aber der Wurm. Sie ist auf einer ungeunden Grundlage treibhausmäßig zur Entwicklung gebracht worden. Unsere gesamte Produktion ist auf die Befriedigung der Kriegsbedürfnisse eingestellt. Mit der Beendigung des Krieges muß das glänzende Gebäude zusammenstürzen. Aus den Trümmern wird sich neues Leben entwickeln; dann wird sich ein neuer Wettbewerb auf veränderter Grundlage entwickeln, und es ist schwer voranzusagen, welche Kräfte den Sieg davontragen werden. Es werden Waren produziert werden müssen, um den inländischen Markt zu versorgen, es müssen aber auch Handelsbeziehungen zum Ausland aufs neue angeknüpft werden. Wir brauchen Rohstoffe, die nur aus fremden Ländern bezogen werden können, wir müssen aber auch die Möglichkeit haben, die Erzeugnisse unseres Gewerbestandes im Ausland abzusetzen.

Von unseren Annektionisten wird es so dargestellt, als sei zur Sicherung unserer Wirtschaft die Aneignung fremder Gebiete notwendig, aus denen Deutschland mit Eisen und anderen Rohstoffen versorgt werden kann. Daneben müßten, angeblich zur militärischen Sicherung, umfangreiche Annektionen in Ost und West erfolgen und von den Feinden gewaltige Summen zum Ersatz der Kriegskosten verlangt werden. Man braucht gar nicht zu untersuchen, ob die militärische Lage wirklich so ist, daß Deutschland solche Friedensbedingungen diktieren könnte. Selbst wenn das der Fall wäre, müßte das Verlangen nach Annektionen und Entschädigungen mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Die langen Jahre vor dem Kriege haben wir alle notwendigen Rohstoffe erlangen können, ohne daß deren Produktionsstätten zum Deutschen Reich gehörten. Das wird auch nach dem Kriege möglich sein, wenn wir, statt durch die Aneignung fremden Bodens unauslöschlichen Haß zu erregen, uns bemühen, durch den Abschluß eines für beide Teile ehrenvollen Friedens einen friedlichen Handelsverkehr zwischen den Völkern anzubahnen und die Wiederkehr von Kriegen zu verhüten.

Man braucht sich durch das überspannte Geschrei der Annektionisten nicht irremachen zu lassen. Ihre Annektionen werden ebensowenig Erfüllung finden wie ihre Hoffnung auf einen neuen Milliardenregen, der sich als Kriegenschädigung über Deutschland ergießen könnte. Nach dem Kriege von 1870/71 haben die französischen Milliarden die deutsche Industrie eine Zeitlang glänzend befruchtet, bis der große Krach der Herrlichkeit ein jähes Ende bereitete. Bei dem gegenwärtigen Weltkrieg wurde die Zeit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur vorweggenommen. Ob wir nach der Ueberwindung der Uebergangszeit mit einer neuen Prosperitätsperiode rechnen dürfen, ist eine Frage, auf die eine klare Antwort so leicht nicht gegeben werden kann.

Betrachten wir die Verhältnisse in der Holzindustrie während des Krieges, dann können wir, soweit ihre wichtigsten Zweige in Betracht kommen, verschiedene Perioden unterscheiden, die wohl ineinander übergehen, deren Charakter aber grundverschieden ist. Zunächst bei Kriegsausbruch der lähmende Schrecken. Viele Betriebe werden eingestellt, die Arbeiter entlassen. Trotz der vielen Tausende, die sofort zu den Fahnen eilen, eine riesige Arbeitslosigkeit unter den Zurückgebliebenen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bessert sich dann fortgesetzt, aber langsam. Erst gegen Mitte des Jahres 1915 ist die Arbeitslosigkeit unter den Zurückgebliebenen etwa auf den normalen Stand gesunken. Diese Besserung ist aber nicht eine Folge vermehrter Aufträge, sondern der fortgesetzten Verminderung der Arbeitskräfte durch Einberufungen. Im Gewerbe sieht es recht unerfreulich aus, dafür beginnt sich die Kriegsteuerung, das heißt die unversichtliche Preiskontrolle bei den Nahrungsmitteln und bei den sonstigen Lebensbedürfnissen immer fühlbarer zu machen. Allmählich beginnen die Heereslieferungen auch in der Holzindustrie eine größere Bedeutung zu erlangen. Es kommen wieder Aufträge herein, die im großen und ganzen annehmbar bezahlt werden. Die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte geht aber fortgesetzt zurück, trotzdem in frei-

gendem Maße die Frauenarbeit in der Holzindustrie Boden gewinnt. Der Mangel an Arbeitskräften wird von den Unternehmern immer stärker empfunden, dabei gehen die Preise für die Lebensbedürfnisse immer mehr heimlich in die Höhe. Unserer Organisation gelingt es durch Ausnutzung der günstigen Momente, in wiederholten Bewegungen eine wesentliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen durchzudrücken. Aber die Steuerung steigt so schnell und so stark, daß die vertraglich vereinbarten Lohnerhöhungen mit ihnen nicht Schritt halten. Dabei ist der Geschäftsgang loit. Die Arbeit für den privaten Bedarf verküert aber immer mehr an Bedeutung. Die Betriebe sind ganz überwiegend mit Heereslieferungen beschäftigt, es besteht aber ein empfindlicher Mangel an Arbeitskräften.

So sieht es augenblicklich aus, und eine wesentliche Veränderung ist vor Kriegsende nicht zu erwarten. Tritt dieser langersehnte Augenblick ein, dann wird er tiefgreifende Veränderungen bringen. Der Plan für die Demobilisierung des Heeres ist jedenfalls fertig, aber er ist nicht veröffentlicht. Es haben sich in bezug auf seine Festsetzung verschiedene Strömungen bemerklich gemacht. Sie lassen sich dahin zusammenfassen, daß von der einen Seite eine allmähliche Entlassung der Kriegsteilnehmer unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der sich neu aufbauenden Friedenswirtschaft verlangt wird, während von der andern Seite, auf der auch die Vertretungen der Arbeiterchaft stehen, der Grundsatz verfochten wird, daß kein Kriegsteilnehmer länger unter den Waffen gehalten wird, als es das militärische Interesse erfordert. Die entlassenen Krieger sind für eine angemessene, nicht zu kurze Zeit zu unterstützen.

Gefügt den Fall, daß die Entscheidung im Sinne der letztgenannten Richtung fällt, dann werden innerhalb eines Zeitraumes von wenigen Wochen Millionen von Arbeitskräften dem Erwerbsleben wieder gegeben. Die Arbeiten für die Heeresverwaltung werden zwar nicht mit einem Schlag eingestellt werden, aber es wird doch ein schneller Abbau erfolgen. Die Betriebe werden wieder für Friedensarbeit hergerichtet werden. Diese Umschaltung kann nicht von einem Tag zum andern erfolgen. Die Betriebseinrichtungen müssen geändert werden; vielfach werden jetzt dringend notwendige Spezialmaschinen überflüssig, sie müssen umgebaut oder durch andere ersetzt werden. Zur Aufnahme der Friedensstätigkeit wird es in vielen, wohl den meisten Industriezweigen an Rohmaterial mangeln. An Aufträgen wird es, so sollte man meinen, nicht fehlen, aber in der Hinsicht ist ein nicht unwichtiges Moment zu beachten.

Der Friede wird wahrscheinlich auf vielen Gebieten einen Preissturz bringen. Es sei daran erinnert, daß die Aufnahme der Friedensverhandlungen mit Rußland einen starken Rückgang der Preise für Pelzwerk zur Folge hatte, der allein durch die Hoffnung auf die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs und die Feuererzeugung des Marktes bewirkt wurde. Dabei hat es mit der Verwirklichung dieser Hoffnung noch gute Wege. Auch im Schleichhandel mit Lebensmitteln, besonders in Oberösterreich, soll die gleiche Ursache einen Preissturz herbeigeführt haben, von dem man aber in weiteren Kreisen leider nichts gemerkt hat. Diese Tatsachen lassen befürchten, daß die Großverbraucher beim allgemeinen Friedensschluß zunächst mit ihren Aufträgen zurückhalten werden, um das Sinken der Preise abzuwarten. Das stürmische Verlangen der eigentlichen Verbraucher wird sich hier als Gegengewicht bemerklich machen. Auf der andern Seite werden aber auch die Fabrikanten große Reigung bekunden, den Wünschen nach niedrigen Preisen Rechnung zu tragen. Und zwar liegt die Gefahr nahe, daß sie ihren Abnehmern Konzessionen auf Kosten des Arbeitslohnes machen werden.

Mit der Demobilisierung wird die Lage auf dem Arbeitsmarkt mit einem Schlag revolutioniert. In die Stelle des Arbeitermangels tritt ein ungeheures Ueberangebot an Arbeitskräften. Es ist sehr nahe liegend, daß dieser Zustand von vielen Unternehmern ausgenutzt werden wird, um die Arbeitslöhne zu drücken. Wenn in dieser Hinsicht keine Sicherungen geschaffen werden, dann droht der Arbeiter das eine Katastrophe. Die Löhne sind jetzt schon, trotz aller eingetretener Erhöhungen, in den meisten Fällen so niedrig, daß sie zur Befriedigung auch des notwendigsten Lebensunterhalts nicht ausreichen. Ehe sie ermäßigt werden können, müssen die Preise für die notwendigen Lebensbedürfnisse ganz bedeutend herabgesetzt werden. Ist eine Senkung auf den Stand vor Kriegsausbruch unmöglich, und das scheint der Fall zu sein, dann ist auch eine Rückkehr zu den früheren Löhnen unmöglich.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß den Gewerkschaften unmittelbar nach Kriegsende große und schwierige Aufgaben erwachsen. Man wird mit dem Enttauchen der behördlichen Preisbeschränkungen nicht so bald brechen können, und es ist nicht unmöglich, daß die Staatsgewalt auch wird eingreifen müssen, um einer Katastrophe des Arbeitslohnes entgegenzuwirken. Uebertriebene Hoffnungen darf man sich nach dieser Richtung allerdings nicht machen. In erster Linie wird die Wahrnehmung der Arbeiter-



rechte Aufgabe der Gewerkschaften sein, auf deren Erfüllung wir mit allem Eifer bedacht sein müssen.

Der Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft ist ein Prozeß, der sich voraussichtlich eine Reihe von Jahren hinziehen und wechselnde Phasen zeigen wird. Die erste stürmische Periode wird die schwerste sein. Es läßt sich unmöglich schätzen, wie lange es dauern wird, bis am Arbeitsmarkt wieder einigermaßen normale Zustände herrschen. Der starke Menschenverlust, den der Krieg verursacht hat, dürfte zur Beschleunigung des Ausgleichs beitragen, für die erste Zeit wird er aber als Moment zur Entlastung des Arbeitsmarktes wenig in Betracht kommen. Ist der erste Sturm überstanden, dann wird sich die weitere Entwicklung wahrscheinlich in ruhigere Bahnen vollziehen. Die Dinge sich dann in den verschiedenen Zweigen des Erwerbslebens gestalten werden, läßt sich natürlich nicht mit Sicherheit voraussagen, aber die Erfahrungen gestatten doch, einige Schlüsse zu ziehen. Eine solche Untersuchung über die voraussichtliche künftige Gestaltung der Verhältnisse im Holzgewerbe wollen wir in einem folgenden Aufsatz anstellen.

**Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften.**

Ueber dieses Thema veröffentlicht unser Verbandsvorsitzender, Kollege Theodor Leipart, einen interessanten Aufsatz in der „Glocke“. Wir geben diesen Aufsatz unter Fortlassung der Einleitung nachstehend wieder:

Die innere Kräftigung der Gewerkschaften muß einen möglichst großen Schritt vorwärtsgetrieben werden. Mit den anfänglichen primitiven Leistungen sind wir ja schon lange nicht mehr ausgetommen, aber es kann trotz aller Fortschritte doch nicht behauptet werden, daß allen Bedürfnissen und berechtigten Anforderungen der Mitglieder schon Rechnung getragen würde. Wohl bestehen Unterschiede zwischen den einzelnen Verbänden, wohl keiner aber kann schon als wirklich umfassende Interessenvertretung der Arbeiter gelten. Es ist noch immer manches übriggeblieben aus der Gründungszeit, wo die Agitation gewissermaßen unsere Haupttätigkeit war und auch sein mußte. Kaum hierfür waren anfänglich ausreichende Mittel vorhanden, die persönlichen Kräfte ebenfalls nur schwach und gering an Zahl, fast die ganze Bewegung rein auf den Idealismus des aufstrebenden Teiles der Arbeiterklasse gestützt. Diese ideale Begeisterung ist natürlich auch jetzt und in Zukunft sorgsam zu hüten, daneben jedoch sind die materiellen Bedürfnisse erheblich mehr noch als bisher zu vertreten und zu erfüllen.

Die guten Erfahrungen, die alle Gewerkschaften mit der Einführung der Unfallversicherung gemacht haben, zeigen deutlich, daß die Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen allein nicht genügt, sondern daß auch die persönlichen Verhältnisse daneben ins Auge zu fassen sind. Auf diesem Wege können die Wertschätzung der Gewerkschaften und das Vertrauen bei den Arbeitern noch ziemlich gesteigert werden. Nicht daß jeder Arbeiter und jede Arbeiterin von ihrem Verband in jeder Lage bevorzugen und zur Unselbständigkeit erzogen werden, wohl aber sollen sie die Gewissheit haben, daß sie sich womöglich in jeder Lebenslage auf die Gewerkschaft stützen und verlassen können; daß sie in den Verbandsjunktionen stets jemand haben, der ihre allgemeinen und selbst ihre mehr persönlichen Forderungen kennt, sich dafür aufständig interessiert und ihnen auch immer Rat und Hilfe weiß. Besonders hinsichtlich der zunehmenden Anzahl weiblicher Mitglieder erwachen den Verbänden hier große Verpflichtungen.

Als Beispiel für die notwendige Entwicklung der gewerkschaftlichen Tätigkeit möchte ich der Kürze halber hier nur das Lohnkämpfungsgebiet, die Lohnbewegung anführen. Im Laufe der ziemlich einfachen Streikführung von früher sind in vielen Betrieben schon seit Jahren die inneren wirtschaftlichen Tarifbewegungen eingetreten. Es ist aber, daß die Tätigkeit der Gewerkschaften auf diesem großen und wichtigen Aufgabengebiet noch mehr wachsende und wichtiger werden muß. Die Tarifverträge bringen immer tiefer nicht nur in die Verhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen, sondern auch in die Verhältnisse der Unternehmer, der einzelnen Betriebe ein. Ihre Fortentwicklung wird immer umfangreicher und komplizierter. Mit Schärferem ist da nichts mehr zu machen. Die praktischen Bedürfnisse müssen beachtet und erfüllt werden. Aus den Streikverträgen werden Reichstärker, und es vielfach schon geworden. Die Unterschiede der tarifmäßigen Lebensbedingungen erfordern aber abweichende Berücksichtigung nach der Größe und Bedeutung der einzelnen Betriebe. Wie auch der Reichstärker, nach den Verhältnissen der Betriebe auf den Bedürfnissen der stets fortschreitenden Forderung der Arbeiter immer mehr Beachtung getragen werden.

Je mehr man aber spezifizieren, auf Einzelheiten eingehen muß, desto mehr steigt man unabweisbar auf die Forderung, daß die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen auf beiden Seiten nicht nur beachtet werden können, sondern auch im Streitfall eine gute Verständigung herbeiführen, und so den Verhandlungen ein gewisses Maß an Erfolg zu verschaffen. Die Verhandlungen der Gewerkschaften sind nicht nur ein Kampf um die Interessen der Arbeiter, sondern auch ein Kampf um die Interessen der Unternehmer, die sich auf die Verhandlungen der Gewerkschaften nicht nur als Gegner, sondern auch als Partner einstellen müssen. Die Verhandlungen der Gewerkschaften sind nicht nur ein Kampf um die Interessen der Arbeiter, sondern auch ein Kampf um die Interessen der Unternehmer, die sich auf die Verhandlungen der Gewerkschaften nicht nur als Gegner, sondern auch als Partner einstellen müssen.

Die Arbeitsgemeinschaften, die zu Beginn des Krieges, als die Not am größten war, gemeinsam von den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften in den einzelnen Industrien und Gewerben gegründet worden sind, werden, auch wenn sie inzwischen zum größten Teil wieder eingeschlafen sind, in Zukunft dem Sinne nach ganz sicher fortgesetzt oder erneuert werden müssen. Wenn nämlich den Unternehmern die „Förderung der nationalen Arbeit“ nach dem Kriege wirklich am Herzen liegt, werden sie auf die Mithilfe der Gewerkschaften nicht verzichten dürfen. Und die Gewerkschaften können und werden ihre Hilfe nicht verweigern. Schon von jeher haben sie bei der Aufstellung und Durchführung ihrer Forderungen auf das allgemeine Berufs- und Gewerbeinteresse Rücksicht genommen, wohl wissend, daß es dem Arbeiter nur gutgehen kann, daß günstige Arbeitsbedingungen und hohe Löhne nur möglich sind, wenn das ganze Gewerbe gesund ist und seinen Mann ernährt. Es ist also gar keine neue Theorie, wenn darauf hingewiesen wird, daß dies gemeinsame Interesse zwischen Unternehmern und Arbeitern besteht. In der Agitation, deren Sprache Uebertreibungen liebt und auch braucht, haben wir selber allerdings gewöhnlich nur die gegenständlichen Interessen hervorgehoben. Diese bestehen natürlich fort und werden auch nicht in unserem Bewußtsein verwischt, wenn wir in Zukunft aussprechen, was wir ernsthaft noch nie bestritten haben, daß neben den gegenständlichen auch große gemeinsame Interessen vorhanden sind. Ich stehe nicht an, dem Sinne nach, mich sogar einverstanden zu erklären mit dem Programm, das der Syndikus der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Tänzler, auf der Konferenz der Geschäftsführer der deutschen Arbeitgeberverbände im Oktober 1917 in Nürnberg für die Förderung der nationalen Arbeit aufgestellt hat: „Alles, was die nationale Arbeit fördert, muß unterstützt und durchgeführt werden, alles, was sie hemmt, vermeiden werden. Steigerung der Warenerzeugung, Güte der Arbeit, Steigerung der Arbeitskraft und der Arbeitsleistung sowohl auf der Arbeiter- als auf der Arbeitgeberseite.“ („Der Arbeitgeber“ Nr. 20, 1917.)

In diesem Sinne, fügte Dr. Tänzler hinzu, würden die Arbeitgeberverbände auch jeder wirklich praktischen Sozialpolitik ihre freudige Unterstützung leihen und alles, was die Gesundheit, die Tüchtigkeit, die Bildung des Arbeiters fördert, zu unterstützen bereit sein. Fragt sich nur, was hinter diesen schönen Worten zu suchen ist. Wenn die Steigerung der Warenerzeugung und der Arbeitsleistung nicht auf Kosten der Gesundheit des Arbeiters geschehen soll, dann brauchen die Gewerkschaften gewiß nicht widersprechen. Von dem glänzenden Ausfluge der deutschen Industrie vor dem Kriege haben auch die deutschen Arbeiter Vorteil gehabt. Es liegt ganz in ihrem Interesse, wenn nach dem Kriege alle Kräfte angespannt werden, die Warenerzeugung so zu steigern, daß noch bald der frühere Umfang wieder erreicht und möglichst noch übertroffen wird. Können sie doch hoffen, auch ihren Anteil an dem Gesamterfolge einer solchen Entwicklung in Zukunft entsprechend zu erhöhen, nämlich in dem Maße, als die Gewerkschaften ihre Macht und ihren Einfluß noch weiter stärken werden.

Auch das Verlangen nach Steigerung der Arbeitskraft und Güte der Arbeit können die Gewerkschaften nur unterstützen. Das höchste Gut des Arbeiters ist seine Arbeitskraft, sagten wir schon immer und haben gefordert, daß ihr alle Pflege und aller Schutz angedeihen müsse. Nicht damit sie in bequemlicher Ruhe brachliegen sollte, sondern um sie möglichst lange leistungsfähig zu erhalten und die Gesamtsumme ihrer Leistungen also zu steigern. Es liegt durchaus im Sinne der allgemeinen Forderungen der Gewerkschaften, den einzelnen Arbeiter in den Stand zu setzen, daß er das Höchstmögliche seiner Leistungen verrichten kann. Gerade dazu sind alle die Vorbedingungen nötig, die in den Forderungen der Gewerkschaften enthalten sind: keine lange Arbeitszeit, sondern Verkürzung derselben; nicht übermäßige, sondern hohe Löhne; gesunde Arbeitsräume, anständige Behandlung usw. Nur wo diese Bedingungen erfüllt sind, kann wahre Arbeitsfreudigkeit aufkommen. Und nur wo Arbeitsfreudigkeit herrscht, kann die Arbeit wirklich lebendig und wird die Arbeitskraft gesteigert.

Aber auch die Frage der Ausbildung kommt hier mit in Betracht. Dem Lehrlingswesen haben die Gewerkschaften von jeher ihre Aufmerksamkeit geschenkt, in Zukunft muß sie verdoppelt werden. In der Lehrlingsfrage tritt das gemeinsame Interesse besonders deutlich in die Erscheinung. Ja, vielfach haben gerade die Gewerkschaften ihr selber ein größeres Interesse entgegengebracht als die Arbeitgeberverbände. Selbst einseitig der Jugend, denen bekanntlich die geistliche Übung der Lehrlinge anvertraut ist. Je besser die Ausbildung des Lehrlings, desto wichtiger lautet der Verzicht. In dieser Hinsicht ist noch eine sehr beachtenswerte Überlegung der nationalen Arbeitskraft möglich und auch im Interesse der Gewerkschaften wünschenswert: denn es ist jedes Jahr ein großer Prozentsatz in jedem Beruf, der solche Leichter ist es, die Gewerkschaftsforderungen durchzusetzen.

Die Güte der Arbeit steht hiermit im unmittelbaren Zusammenhang. Auch das ist ein neues Gebiet für die Gewerkschaften. In Qualität und Schundarbeit haben sie schon immer geachtet und behauptet. Nur sind die gewöhnlich nur gegenstandslos geblieben, die Forderungen der Arbeiter in dieser Hinsicht war unfruchtbar. Ganz anders, wenn zunächst war die Erkenntnis, daß es nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter selber, die für die Güte der Arbeit zu sorgen haben. In Zukunft wird das Streben nach Qualitätsarbeit, das zunächst beim gefunden Arbeiter innewohnt, auch von den Gewerkschaften mehr gefördert und unterstützt werden müssen. Auch die Ausbildung und Schulung der Mitglieder der Gewerkschaften ist ein wichtiges Gebiet. Aber auch der steigende Wert der Ausbildung der Lehrlinge und der Lehrlinge auch in

dieser Richtung ausgenutzt werden. Wenn die Arbeitgeber in der Bekämpfung der Schundproduktion und der Schundkonkurrenz mit den Gewerkschaften nur Hand in Hand gehen wollten, würde dem gemeinsamen Wirken mancher Erfolg erleichtert werden. Die Gewerkschaften werden in Zukunft die Unternehmer auf diesen Weg drängen müssen, denn die Arbeiter haben ein Interesse daran, durch die Güte der deutschen Arbeit der deutschen Industrie die Konkurrenz auf dem Weltmarkt erleichtern zu helfen. (Schluß folgt.)

**Soziales.**

**Der erste Friedensschluß.**

Der zu Brest-Litowsk am 9. Februar zwischen den Mittelmächten und der Volksrepublik der Ukraine abgeschlossene Friede ist als erster Friedensschluß nach 42monatiger Kriegsdauer mit Befriedigung begrüßt worden. Die Freude äußert sich aber aus guten Gründen nur gedämpft, denn es ist nur ein Teilschritt, und die Hoffnung auf die volle Beendigung der furchtbaren Schlichterei hat fürs erste noch keine Aussicht auf baldige Erfüllung. Zwar hat zwei Tage nach dem Friedensschluß mit der Ukraine der Vertreter der russischen Republik in Brest-Litowsk, Trotski, den Kriegszustand mit den Mittelmächten für beendet erklärt und mitgeteilt, daß die Demobilisierung der russischen Streitkräfte an allen Fronten eintrete, aber er hat den Abschluß eines formellen Friedensvertrages abgelehnt. Durch diese Gestaltung der Dinge ist Rumänien, mit dem bisher nur ein Waffenstillstand abgeschlossen war, das sich aber an Friedensverhandlungen nicht beteiligt hat, völlig isoliert. Es wird wohl oder übel Frieden schließen müssen. Eine entsprechende Aufforderung ist von deutscher Seite bereits erlassen worden, und der vollzogene Regierungswechsel deutet darauf hin, daß Rumänien in den lauren Apfel beikommen wird. Voraussichtlich wird der Friedensschluß mit Rumänien sehr bald erfolgen und damit der Krieg an der Ostfront tatsächlich beendet sein.

Im Westen und an der italienischen Front ist dagegen von Friedensandeutungen noch nichts zu spüren. Während sich die Verhandlungen in Brest-Litowsk ihrem Ende zuneigten, hat vom 20. Januar bis 2. Februar der Oberste Kriegsrat der Alliierten in Versailles getagt, und in dem amtlichen Bericht, der über das Ergebnis der Beratungen ausgegeben wurde, heißt es, der Oberste Kriegsrat habe entschieden, „daß die einzige unmittelbare Aufgabe der Alliierten darin bestehe, mit der äußersten Kraftanstrengung in geschlossenster und wirksamster Zusammenarbeit die militärischen Bemühungen der Alliierten fortzusetzen“. Diese Erklärung ist gleichbedeutend mit einer neuen Kriegserklärung der Westmächte. Auch der Präsident Wilson hat am 11. Februar wieder eine Rede vor dem Amerikanischen Kongress gehalten. Diese Rede war wieder reichlich oratorisch und deutungsreich. Man kann sie sowohl als eine Aeußerung steigender Friedensneigung, aber auch als den Ausdruck des ungebrochenen Kriegswillens betrachten. Jedenfalls hat sie nicht dazu beigetragen, die Lage an der Westfront zu entspannen. Vielmehr deuten alle Anzeichen darauf hin, daß wir dort am Vorabend gewaltiger Kriegereskizzen stehen.

Der Friedensschluß mit der Ukraine ist eine Folge der inneren Zerlegung, in welcher sich Rußland seit dem Sturz des Zarismus befindet. Wer sich nicht näher mit den Dingen beschäftigt hat, dem war es früher entgangen, daß das große asiatische Reich kein einheitlicher Körper, sondern ein Gemisch von sehr verschieden gearteten nationalen Bestandteilen ist, die nur die zarische Gewaltpolitik zusammengehalten hat, und deren nationale Sonderbestrebungen in rücksichtsloser Weise unterdrückt wurden. Von den Leiden Polens und seinen wiederholten vergeblichen Versuchen, sich von dem moskowitzischen Joch zu befreien, hatte man gehört. Man wußte von der Mißhandlung Finnlands und brach auch wohl von den „deutschen“ Ostprovinzen, meist aber ohne Kenntnis der Tatsache, daß das „Deutschtum“ dieser Provinzen sich auf eine recht dünne Oberschicht beschränkt, und seine Träger, die deutschen Barone aus den baltischen Provinzen, sich durchaus als Rußen und getreue Diener der zaristischen Autokratie hielten.

Die russische Revolution hat das Nationalgefühl in den bisher von den Moskowitern unterdrückten Völkern mächtig angezogen. Mit wachsendem Erstarken vernahm man die Kunde von immer neuen Staatsgründungen innerhalb Rußlands. Noch fehlt es an einer vollständigen Ueberblick über diese neuen Staatsgebilde, und ebenso wenig ist zu übersehen, was davon dauernden Bestand haben wird. Zu diesen neugebildeten Staaten gehört die Volksrepublik der Ukraine im Südwesten von Rußland. Die Ukrainer oder Kleinzürnen sind ein Volk von über 20 Millionen Köpfen mit eigener Sprache, die aber vom Zarismus gewaltsam unterdrückt wurde. Nun hat sich die Ukraine als unabhängiger Staat konstituiert, dessen Vertreter sich an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk beteiligten. Zunächst wurden sie von der russischen Delegation anerkannt. Als dann verhandelt wurde, diese Anerkennung rückgängig zu machen, verhandelten die Vertreter der Mittelmächte allein mit der Ukraine, und das Ergebnis war der inzwischen veröffentlichte Friedensvertrag.

Der österreichische Minister Graf Czernin hat im Hinblick auf den Friedensschluß mit der Ukraine von einem „Teilschritt“ gesprochen und damit angedeutet, daß aus der Ukraine Lebensmittel herausgeschafft werden können. Wichtig ist, daß die Ukraine ein äußerst fruchtbares Gebiet umfaßt und einen erheblichen Ueberfluß an Landesprodukten erzeugt, der auch uns früher zugute kommen wird. Ob aber zurzeit größere Mengen von Lebensmittel zur Anschaffung bereit liegen, muß zum mindesten bezweifelt werden. Man wird gut tun, die Hoffnung nach dieser Richtung nicht zu hoch zu spannen.

Der Friedensschluß mit der Ukraine hat aber andere, nicht unerwartete Folgen gezeitigt. Der Friede entwirft in der demokratischen Forderung, als es ein Stück ohne Unterbrechung und ohne Unterbrechung ist. Die Vereinigung der Ukraine mit Rumänien und der Friede mit Rumänien ist ein wichtiger Schritt in der Richtung der demokratischen Forderung, als es ein Stück ohne Unterbrechung und ohne Unterbrechung ist. Die Vereinigung der Ukraine mit Rumänien und der Friede mit Rumänien ist ein wichtiger Schritt in der Richtung der demokratischen Forderung, als es ein Stück ohne Unterbrechung und ohne Unterbrechung ist.





- Ehrentafel**  
Der im Kriege gefallenen Verbandmitglieder
- Der Ortsname bedeutet die Zahlstelle, welcher der Name zuletzt angehört hat.
- Hermann Amthor, Erfurt.
  - Gustav Bachmann, Niedersiedlich.
  - Bernhard Bartels, Würstenn., Schwelm.
  - Peter Bär, Schreiner, Nürnberg.
  - Freiz Verling, Wodenleger, Nürnberg.
  - Oskar Berlt, Martinroda.
  - Willi Beutmann, Polierer, Berlin.
  - Arthur Bleß, Tischler, Berlin.
  - Georg Birkmann, Wagner, Nürnberg.
  - Johann Bod, Drechsler, Nürnberg.
  - Konrad Doodengeler, Nürnberg.
  - Willy Böndel, Kassierer der Zahlstelle 31-feld.
  - Wilhelm Both, Tischler, Hamburg.
  - August Brauer, Tischler, Dessau.
  - August Braune, Tischler, Dessau.
  - Adolf Bree, Polierer, Lützenwalde.
  - Johannes Briesch, Schiffszimm., Stettin.
  - Hermann Bruchhoff, Schönwalde.
  - Willy Buder, Schreiner, Memmingen.
  - Udo Derfiet, Tischler, Magdeburg.
  - August Dörge, Tischler, Herford.
  - Gustav Dost, Polierer, Berlin.
  - Konrad Dömler, Pinselm., Nürnberg.
  - Hermann Fißcher, Tischler, Langenöls.
  - Kurt Graendorf, Knopfm., Schmölln.

- Rudolf Frederdsdorf, Tischler, Herford.
- Peter Freudenberg, Schreiner, Köln.
- Hans Friezoldt, Reinsfeld.
- Oskar Fromberg, Tischler, Tauscha.
- Franz Fromm, Schreiner, Koblenz.
- Peter Galtjen, Schreiner, Koblenz.
- Georg Gebhard, Bleistiftarb., Nürnberg.
- Wilhelm Gebhardt, Lützenwalde.
- Arthur Geble, Tischler, Berlin.
- Johann Geble, Tischler, Berlin.
- Sixtus Geier, Wiesbach.
- August Glänzer, Schreiner, Kassel.
- Josef Grenzhäuser, Schreiner, Koblenz.
- Karl Grissel, Würstennmacher, Herford.
- Willi Haeslich, Drechsler, Hamburg.
- Herm. Hagedorn, Tischler, Berlin.
- Ewald Hahn, Tischler, Hamburg.
- Johannes Hahr, Schreiner, Stuttgart.
- Konrad Hegendörfer, Nürnberg.
- Martin Herrich, Schreiner, Nürnberg.
- Georg Hofbauer, Pinselm., Nürnberg.
- Karl Hoffmann, Polierer, Berlin.
- August Hoffmann, Frankfurt a. d. O.
- Michael Holzammer, Pinselm., Nürnberg.
- Friedrich Höring, Tischler, Herford.
- Heinz Hüllinghorst, Hilfsarb., Herford.
- Robert Jähmig, Holzarbeiter, Leipzig.
- Martin Jügen, Wilsdruff.
- Seinrich Jordan, Schreiner, Kassel.
- Jakob Jung, Tischler, Saarbrücken.
- Wilhelm Kassner, Modelltischler, Dessau.
- Seinrich Keßler, Pinselm., Nürnberg.
- D. Kiehl, Kassierer der Zahlstelle 2ann-rod.

- Josef Kerle, Tischler, Berlin.
- Ludwig Knaufmann, Schr., Stuttgart.
- Robert Knebler, Medarsulm.
- Carl Koch, Stellmacher, Hamburg.
- Karl Köhl, Tischler, Berlin.
- Gustav Kunze, Tischler, Leipzig.
- Max Lautenschläger, Nürnberg.
- Wilhelm Ludloff, Lützenburg.
- Seinrich Lütze, Tischler, Hamburg.
- Ernst Lüttschwager, Hilfsarb., Köln.
- Friz Meier, Münster.
- Martin Meß, Bergolder, Kassel.
- Otto Meyer, Tischler, Berlin.
- Willy Minzowig, Tischler, Berlin.
- Anton Moser, Schreiner, Jugolstadt.
- Otto Mücke, Sorau.
- Willy Mühmel, Tischler, Berlin.
- August Müller, Tischler, Hannover.
- Otto Müller, Polierer, Berlin.
- Karl Niebel, Tischler, Hannover.
- Johann Dettler, Schreiner, Pegnitz.
- Wilhelm Paulik, Tischl., Lützenwalde.
- Albert Pähoid, Maschinarb., Berlin.
- Richard Pähoid, Maschinarb., Pirna.
- Karl Pfischel, Tischler, Priebus.
- Bruno Pfischel, Tischler, Saarbrücken.
- Kurt Ritter, Tischler, Leipzig.
- Martin Römig, Schreiner, Pegnitz.
- Erhard Rosenbauer, Schr., Nürnberg.
- Ulrich Salzer, Tischler, Halle.
- Josef Saller, Knopfmacher, Schmölln.
- Emil Schaller, Schreiner, Hölst.
- Bernhard Scheibel, Nürnberg.
- Friz Schiel, Glaser, Koblenz.

- Berthold Schmidt, Tischler, Berlin.
- Josef Schmidt, Schreiner, Stuttgart.
- Oskar Schmidt, Polierer, Leipzig.
- Emil Schneider, Tischler, Berlin.
- Otto Schneider, Modelltischler, Dessau.
- Georg Schramm, Schreiner, Nürnberg.
- Otto Schüller, Schreiner, Kassel.
- Otto Schulze, Tischler, Lützenwalde.
- Adolf Seidel, Tischler, Berlin.
- Heinz Sewing, Würstennmacher, Herford.
- Gottf. Stabrass, Hilfsarb., Herford.
- Albin Stamberger, Lützenburg.
- Emil Starke, Tischler, Dessau.
- Gottfried Stephan, Tischler, Berlin.
- Peter Stern, Tischler, Kassel.
- Willy Stranghöner, Würstenn., Herford.
- Wilhelm Studa, Tischler, Herford.
- Willy Studa, früher Kassierer der Zahlstelle Spener.
- Jakob Süß, Modelltischler, Köln.
- Paul Tapper, Klavierarbeiter, Berlin.
- Georg Thier, Stellmacher, Leipzig.
- Richard Trebus, Tischl., Krimmitschau.
- Rudolf Ulrich, Tischler, Hamburg.
- Michael Vestner, Bleistiftarb., Nürnberg.
- Oswald Vogel, Ramenz.
- Emil Wäkel, Wilsdruff.
- August Wächter, Würstenn., Herford.
- Wilhelm Wertschnigt, Muskau.
- Josef Wimmer, Tischler, Hamburg.
- Nikolaus Zeltner, Pinselm., Nürnberg.
- Richard Zierenberg, Tischl., Finsterwalde.

Ehrechtem Andenken!

werden muß. Dagegen wurde die Grenze zwischen Polen und der Ukraine so gezogen, daß das Gouvernement Cholm, das dadurch zu einer Verlihmtheit gelangt, zur Ukraine gehört. Das hat bei den Polen eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Sie fühlen sich benachteiligt, weil Cholm wegen seiner überwiegend polnischen Bevölkerung beim Königreich Polen bleiben müsse.

Diese Tatsache lenkt die Aufmerksamkeit auf die Schwierigkeit der Nationalitätenfrage in den russischen Randländern. Die Grenzen zwischen den Nationalitäten sind völlig verwischt. Auf weiten Gebieten wohnen zum Beispiel Litauer und Polen, auf anderen Polen und Ukrainer miteinander und mit Angehörigen anderer Nationalitäten vermischt. In dem einen Ort hat die eine, in einem Nachbarort vielleicht die andere Nationalität die Mehrheit. Wiederholt wurde als Beispiel für die Schwierigkeit der nationalen Abgrenzung auf Wilna hingewiesen, das von den Polen als polnische Stadt in Anspruch genommen wird, während die Litauer Wilna als die natürliche Hauptstadt ihres Landes betrachten. Die nationalen Statistiken sind sehr unzuverlässig und ganz unkontrollierbar, so daß auch die Berechtigung des polnischen Anspruchs auf Cholm von Fernstehenden nicht nachgeprüft werden kann.

Diese Grenzfestlegung hat aber die Polen nicht nur in dem in der Bildung begriffenen polnischen Reich in große Erregung versetzt, von dieser sind auch die Polen in Galizien erfasst. Ihre Vertreter im österreichischen Reichsrat haben der Regierung die Gefolgschaft aufgegeben und diese damit in eine sehr schwere Verlegenheit gebracht. Es sieht fast aus, als hätten die Mittelmächte durch den Friedensschluß mit der Ukraine die Feindschaft der Polen eingetauscht, was im Hinblick auf die Gestaltung der künftigen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen recht unerwünscht wäre. Das Verhalten der Polen gibt auch einen Vorgeschmack von den Schwierigkeiten, die bei der Regelung der staatlichen Verhältnisse in den seitherigen russischen Grenzländern zu überwinden sind.

Dabei ist das Verhältnis zu Rußland völlig unklar. In Rußland herrscht der Bürgerkrieg, ein ungeheures Chaos, in dem man sich kaum auskennt. In Petersburg haben die Bolschewiki das Ruder in Händen. Die ihnen ergebenen Truppen führen in den verschiedensten Teilen des weiten Reiches blutige Kämpfe gegen die Heere der neuen nationalen Verbände. So auch in der Ukraine, wo der Bestand der Regierung, die den Frieden mit den Mittelmächten abgeschlossen hat, noch nicht absolut gesichert ist. Ebensovienig läßt sich aber auch sagen, daß die Regierung der Bolschewisten in Petersburg Bestand verspricht.

Die durch den Abbruch der Verhandlungen in Brest-Litowsk entstandene unklare Lage hat inzwischen insoweit eine Klärung erfahren, als die deutsche Regierung am 16. Februar eine Kundgebung veröffentlicht hat, nach welcher sie den russischen Verzicht auf den Friedensschluß als eine Kündigung des Waffenstillstandes betrachtet, der demnach am 17. Februar abgelaufen wäre. Welche Konsequenzen aus dieser Feststellung gezogen werden, läßt sich noch nicht übersehen. Gleichzeitig mit dieser Erklärung wurde ein nach Deutschland gerichteter Hilferuf der Ukraine um militärischen Schutz gegen die von der bolschewistischen Regierung in Petersburg gedungenen Banden der roten Garde veröffentlicht, die das Land ausrauben und die Selbstständigkeit des neuen Staatswesens vernichten wollen. Die Mittelmächte haben ein lebhaftes Interesse daran, diesen Hilferuf zu beachten. Handelt es sich doch auch um den Schutz der Lebensmittel, deren Ausfuhr hintertrieben würde, wenn die gegenwärtige Regierung der Ukraine unterliegen sollte. In welcher Weise der Krieg gegen Rußland fortgesetzt werden wird, läßt sich noch nicht übersehen.

Der erste Friedensschluß im Weltkriege hat vorerst eine recht verworrene Lage geschaffen. Zum Jubeln über das bequammende Ende des Weltkrieges liegt noch keine Voraussetzung vor. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß sich wichtige Entscheidungen vorbereiten, aber es steht zu befürchten, daß der Weg zum Weltfrieden erst noch durch ein heftiges Sturmeer führt. Der Wille der Völker ist in allen Ländern auf den Frieden gerichtet. Hoffen wir, daß die Vorkriegslängere überall verlichtgedängt werden, und daß es dem Friedenswillen der Völker gelingt, nicht bald Weltung zu verfahren.

Entschädigung für Getreischichten.

Im Laufe des Winters ist es auch in Betrieben der Rüstungsindustrie wiederholt vorgekommen, daß die Tätigkeit infolge Kohlenmangels ruhen mußte. Die Arbeiter kommen bei solchen unfreiwilligen Feierschichten in eine üble Lage. Sie sind durch das Hilfsdienstgesetz an den Betrieb gebunden und können sich keine andere Beschäftigung suchen; das Interesse der Kriegswirtschaft erfordert sogar, daß sie sich zur Verfügung halten, um bei Behebung des Kohlenmangels ihre Tätigkeit sofort wieder aufnehmen zu können. In der Friedenszeit, unter Geltung des „freien“ Arbeitsvertrages, wurde in der Regel bei Betriebsstörung die Last ohne weiteres auf den Arbeiter abgeblendet; für „Aussetzen“ wurde kein Lohn gezahlt. Jetzt, wo die Arbeiter durch Sondergesetze fester an den Betrieb gebunden sind, geht das nicht so ohne weiteres, denn im Falle einer Abgabe würde wohl der Unternehmer zur Lohnzahlung für unfreiwillige Feierschichten verurteilt werden. In der Praxis hat sich daher schon die Gewohnheit herausgebildet, daß bei derartigen Betriebsstörungen den Arbeitern ein Teil des Lohnes gezahlt wird.

Nun ist diese Materie für das ganze Reich einheitlich geregelt. Im Reichswirtschaftsrat wurden Verhandlungen zwischen den Vertretern der Regierung und solchen der Unternehmer und der Arbeiter gepflogen, die zu einer Verständigung führten. Das Ergebnis erhielt seine Sanction durch einen Beschluß des Bundesrats, der Ende Januar bekanntgegeben wurde. Die Regelung bezieht sich nur auf die Rüstungs- und die Ernährungsindustrie. Entschädigung wird gezahlt, wenn die Arbeit eingestellt oder beschränkt wird, jedoch nur dann, wenn Kohlenmangel direkt oder indirekt die Ursache war. Die Entschädigung beträgt 70 Prozent des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes. Sie wird auch für einzelne ausgefallene Wochenstunden gezahlt, kommt aber in Fortfall, wenn der Ausfall in der gleichen Woche durch Ueberstunden eingebracht ist.

Die 70 Prozent des Verdienstes werden nicht in allen Fällen gewährt, sondern es findet eine Begrenzung nach oben und unten in der Weise statt, daß das Doppelte des Ortslohnes die untere, das Vierfache des Ortslohnes die obere Grenze der Entschädigung bildet. Die Entschädigung für die ersten fünf Tage muß der Unternehmer aus eigenen Mitteln zahlen. Für den sechsten Tag wird keine Entschädigung gewährt. Dieser entschädigungslose Tag kann aber nur einmal eintreten; er wiederholt sich nicht. Für die folgende Zeit muß der Unternehmer gleichfalls die Entschädigung zahlen, doch erhält er seine Auslagen für den siebenten Tag und die folgende Zeit zu fünf Siebtel vom Reich erstattet. Diese Regelung hat rückwirkende Kraft bis zum 2. Januar und gilt bis zum 31. März 1918.

Das teure Gemüse.

Das Gemüse der letzten Ernte war, wenigstens soweit der offene Handel in den Großstädten in Betracht kommt, nur schwer zu erlangen und dabei recht teuer. Aber Voraussetzung nach werden die Gemüse der kommenden Ernte noch viel teurer sein. Daraus lassen die Preise schließen, die jetzt für Samen gefordert werden. Nach den Preislisten von großen Samenhandlungen wird auf diesem Gebiet ein unglaublicher Wucher getrieben. So betrug um nur einige Beispiele anzuführen, der Samenpreis für Karotten im Frieden etwa 240 Mk. pro Kilo; im Jahre 1916 wurden für die gleiche Menge 18 Mk. gefordert; im Jahre 1918 müssen dafür 92 Mk. gezahlt werden. Bei Möhren stiegen die Preise von 3,40 Mk. auf 8,40 und jetzt auf 68 Mk. Das Kilo Samen von Weizkorn hatte sich vom Friedenspreis von 6 Mk. im Jahre 1916 erst auf 7,20 Mk. erhöht, jetzt werden dafür 150 Mk. gefordert. Noch toller ist der Sprung beim Rotkraut; von 11 Mk. im Frieden auf 18 Mk. im Jahre 1916, jetzt kostet das Kilo 240 Mk.

Dieser Wucher vollzieht sich unter den Augen der Behörden; keine Hand rührt sich, ihm zu steuern. Möglich, daß im Herbst Höchstpreise festgesetzt werden, wobei natürlich die wahren Samenspreise berücksichtigt werden. Auf diese Weise werden die gewöhnlichen Gemüse in Deutschland, die für einen reichlichen Anbau geeignet sind, unsere Ernährungsvoraussetzungen sind jetzt fast vollständig, der Samenwucher, der jetzt getrieben wird, er-

öffnet trübe Aussichten für das kommende Erntefahr, wenn nicht noch rechtzeitig eingegriffen wird. Leider berechneten die Erfahrungen, die man bisher mit unseren Ernährungsbehörden gemacht hat, nicht zu der Hoffnung, daß rechtzeitig an der richtigen Stelle und mit dem nötigen Nachdruck zugegriffen wird.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 8. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig geworden.

Es hat sich ergeben, daß zahlreiche Mitglieder bei Inkrafttreten der Klassenbeiträge am 1. Januar zunächst im unklaren waren. Viele haben bei der ersten Entschädigung eine niedrige Beitragsklasse gewählt und sind erst später auf Grund besserer Ueberlegung in eine höhere Klasse übergetreten. In diesen Fällen entsteht nun die Frage, in welcher Klasse diese Mitglieder vom 1. Juli d. J. an unterstützungsberechtigt werden? Nach § 12, Abs. 8 des Nachtrags zum Statut erlangen Mitglieder, die in eine höhere Beitragsklasse übertreten, den Anspruch auf die Unterstützungsfähigkeit der höheren Klasse erst, nachdem sie für 52 Wochen den höheren Beitrag entrichtet haben. Daneben ist für den Uebergang vom alten zum neuen Statut durch die Urabstimmung beschlossen worden, daß für die alten Mitglieder, die dem Verband schon länger als 52 Wochen angehören, die neuen Unterstützungen bereits am 1. Juli 1918 oder nach 20 geleisteten neuen Beiträgen in Kraft treten sollen.

Hieraus ergibt sich, daß bei Inkrafttreten der neuen Unterstützungsfähigkeit am 1. Juli d. J. in jedem Unterstützungsfalle diejenige Beitragsklasse zugrunde gelegt werden muß, in welcher das Mitglied nach dem 1. Januar d. J. zunächst die Beiträge entrichtet hat. In Rücksicht auf die Neuheit der Klassenbeiträge bei der Einführung am 1. Januar hat jedoch der Vorstand mit Zustimmung des Ausschusses folgende weitere Uebergangsbestimmung beschlossen:

„Mitglieder, die bis 1. April 1918 in eine höhere Beitragsklasse übertreten, erlangen den Anspruch auf die Unterstützungsfähigkeit dieser höheren Klasse, nachdem sie für 26 Wochen den höheren Beitrag entrichtet haben.“

Um die Bedeutung dieses Beschlusses völlig klarzumachen, sei folgendes Beispiel angeführt. Die Mitglieder einer Zahlstelle wählen zunächst die 80-Pf.-Klasse und zahlen vom 1. Januar an diesen Beitrag. Am 1. Februar (zu Beginn der 6. Beitragswoche) treten sie in die 100-Pf.-Klasse über und haben somit bis 1. Juli 5 Beiträge zu 80 Pf. und 21 Beiträge zu 100 Pf. entrichtet. Diese Mitglieder sind am 1. Juli vorläufig in der 80-Pf.-Klasse unterstützungsberechtigt, erlangen aber die Berechtigung in der 100-Pf.-Klasse schon am 1. August 1918 (statt am 1. Februar 1919), da sie vom 1. Februar bis 1. August 1918 zusammen 26 Beiträge zu 100 Pf. entrichtet haben. Das gleiche gilt, wenn der Uebertritt in die höhere Klasse erst am 1. April (zu Beginn der 14. Beitragswoche) erfolgt, in welchem Falle die Unterstützungsberechtigung in der höheren Klasse am 1. Oktober 1918 beginnen würde.

Es empfiehlt sich deshalb, etwaigen Uebertritt in eine höhere Beitragsklasse noch spätestens bis 1. April d. J. (zu Beginn der 14. Beitragswoche) zu vollziehen. Erfolgt der Uebertritt erst nach dem 1. April, so muß § 12, Abs. 8 Anwendung finden, d. h. die Unterstützungsberechtigung in der höheren Klasse tritt erst nach 52 Wochen ein.

Bezüglich der Aufnahme jugendlicher Mitglieder sind die Ortsverwaltungen bereits in Kenntnis gesetzt, daß nach Inkrafttreten des neuen Statuts jugendliche Mitglieder jetzt gleich bei der Aufnahme das ordentliche Mitgliedsbuch erhalten. Die Aufnahmeberichte brauchen nicht mehr an die Hauptstelle eingereicht zu werden, sondern die Zahlstellenverwaltungen können die Mitglieder selbst ausweisen.

Mit Vollendung des 18. Lebensjahres müssen die jugendlichen Mitglieder zu den Beitragsklassen übertreten, die für



Die übrigen männlichen Mitglieder am Ort gilt. Die für die Mitglieder im allgemeinen geltenden Vorschriften des neuen Statuts über den Uebertritt in eine höhere Beitragsklasse müssen auch auf die jugendlichen Mitglieder angewendet werden, so daß die vor Vollendung des 18. Lebensjahres geleisteten Beiträge nicht mehr ungerechnet, sondern in voller Zahl angerechnet werden. Im Sinne der sonstigen statistischen Bestimmungen über jugendliche Mitglieder haben Vorstand und Ausschuss beschlossen, daß jugendliche Mitglieder, die mit Vollendung des 18. Lebensjahres zu der höheren Beitragsklasse der männlichen Mitglieder übertritten, das Anrecht auf die Unterstützungssätze der höheren Klasse schon erlangen, nachdem sie für 20 Wochen den höheren Beitrag entrichtet haben. Der freiwillige Uebertritt in die höhere Beitragsklasse ist jugendlichen Mitgliedern auch schon vor Vollendung des 18. Lebensjahres unter der gleichen Bedingung gestattet, doch müssen, ehe die Unterstützungsberechtigung überhaupt eintritt, natürlich insgesamt mindestens 62 Beiträge seit dem Beitritt entrichtet sein. (Ueber Ausnahmen hiervon s. § 18, Abs. 2, und § 51, Abs. 4.)

Die Monatskarte über die Arbeitslosigkeit im Monat Februar ist spätestens bis zum 2. März an uns einzufenden. Im Interesse einer vollständigen Statistik sollte die rechtzeitige Berichterstattung von keiner Zahlstelle veräumt werden. Zahlstellen, die über keine Arbeitslosigkeit zu berichten haben, senden die Monatskarte nur mit Angabe der Mitgliederzahl am Monatschluß ein. (Die Karten sind mit 7/8-Pennigmarken zu frankieren.)

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 445017 Alb. Krebs, Tischler, geb. 29. 4. 68 zu Berlin.
- 446188 Joh. Maas, Schiffstischler, geb. 14. 5. 75 zu Neuenhagen.
- 667402 Georg Kild, Holzarb., 26. 12. 79 zu Verhagenmoor.
- 719497 Felix Chlebowitz, M.-A., 14. 1. 78 zu Kotschken.
- 748799 Ernst Boos, Tischler, geb. 14. 5. 99 zu Seide.
- 754518 Karl Brandt, Schl., geb. 5. 11. 69 zu Wegleben.
- 766028 Elisabeth Wätther, Arbeiterin, 15. 1. 97 zu Leipzig.
- 810465 Käthe Lautenbach, Hilfsarb., geb. 21. 12. 02 zu Wolferode.

Berlin SO. 16, Am Köhlfischen Park 2.  
Der Vorstandsvorsitz.

### Unsere Lohnbewegung.

#### Verhandlungen für das bayerische Sägereigewerbe.

Der am 10. April 1917 vor dem Kriegsamt in München abgeschlossene Sägetarif begrenzt dessen Gültigkeit bis zum 1. April 1918 und bestimmt, daß die Vertreter des Gewerbes zwei Monate zuvor zu neuen Verhandlungen zusammenzutreten. Dementsprechend hat das Kriegsamt in München auf Veranlassung unseres Verbandes die Vertreter der Parteien zu einer Verhandlung auf den 5. Februar nach München geladen. Hier erklärten sich unsere Kollegen bereit, den Vertrag zu verlängern, sie verlangten aber eine weitere Teuerungszulage von 20 Pf. pro Stunde und entsprechende Erhöhung der Mindestlöhne. Eine Verärgerung der Arbeitszeit auf 56 bis 60 Stunden wöchentlich mit Lohnausgleich und Zuschläge für Ueberstunden in Höhe von 15 Pf. sowie eine Revision der Ortsklasseneinteilung durch Befreiung der fünften Klasse. Diese Klasse ist übrigens auch in dem württembergischen Sägetarif, der fast dem bayerischen Tarif nachgebildet ist, nicht mehr enthalten. Die Verhandlungen haben vorläufig noch zu keinem Resultat geführt. Die Vertreter der Arbeitgeber verlangten eine Frist, um sich mit ihren Kollegen zu verständigen. Es wurde deshalb vereinbart, die Verhandlungen am 11. März im Kriegsministerium fortzusetzen.

### Vertragsabschluss in Straßburg.

Straßburg gehört zu den Städten, welche nicht im Vertragsverhältnis mit dem Arbeitgeber-Schutzverband für das Holzgewerbe stehen, weil die hiesigen Unternehmer es für angebracht finden, sich im „Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe“, Landesverband Elsaß-Lothringen, zu organisieren. Dieser Verband hat es bis jetzt immer ganz entschieden abgelehnt, sich den in Berlin getroffenen Vereinbarungen betreffend der Kriegsteuerzulagen zu unterwerfen, deshalb mußten immer recht langwierige Verhandlungen geführt werden, bis unsere Kollegen ihre Teuerungszulage erhielten. Nun ist es der hiesigen Verwaltung gelungen, mit dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe eine Vereinbarung zu treffen, welche den Berliner Abmachungen gleichkommt, und womit vom 15. Februar 1918 an die Straßburger Holzarbeiter den anderen Kollegen im Reich gleichstehen. Diese Vereinbarung lautet:

1. Die bestehenden Tarifverträge werden ihrem ganzen Inhalt nach, soweit untenstehendes dem nicht widerspricht, bis zum 15. Februar 1919 verlängert.
2. Sämtliche Arbeiterkategorien erhalten ab 15. Februar 1918 eine weitere Kriegsteuerzulage von 10 Pf., somit im ganzen 40 Pf., und ab 1. April 1918 nochmals 5 Pf., somit im ganzen 45 Pf. Kriegsteuerzulage.
3. Sollte in der Zeit vom Juli bis Oktober 1918 eine wesentliche Veränderung der Preise für Lebenshaltung eintreten, so sollen nach dem 1. Oktober 1918 auf Antrag einer der vertragschließenden Parteien Verhandlungen über die Erhöhung oder die Herabsetzung der Teuerungszulagen zulässig sein. Der Entscheidung, die das Reichswirtschaftsamt in derselben Frage für die Bauarbeiterverträge fällen wird, unterwerfen sich der Arbeitgeberbund und der Holzarbeiter-Verband.

Nach Abschluß dieser Vereinbarung wurde die erfolgte Kündigung der Verträge wieder rückgängig gemacht. Die Stundenlöhne sind jetzt vom 15. Februar an: Mindestlohn 1 Mk. und ab 1. April 1918 1,05 Mk. Diese Vereinbarung gilt für Straßburg und Umgebung.

Noch schwieriger als in Straßburg gestalteten sich die Verhandlungen in Hagenau, wo wir es mit unorganisierten Unternehmern zu tun hatten, und wo erst kurz vor dem Kriege ein Tarifvertrag abgeschlossen werden konnte. Alle Bemühungen, eine Teuerungszulage zu erlangen, scheiterten an dem Widerspruch eines Unternehmers, welcher nur für die Garnisonverwaltung arbeitet, die für die Arbeitsstunden nur 60 Pf. zahlt und jede Erhöhung ablehnte. Mit Hilfe der Kriegsamtsstelle Straßburg ist es uns nun doch gelungen, eine einigermaßen annehmbare Kriegsteuerzulage zu erlangen. Hiernach erhalten alle über 21 Jahre alten Arbeiter ab 15. Februar 1918 eine Lohn-erhöhung von 10 Pf. pro Stunde, zum mindesten aber 80 Pf., und eine nochmalige Erhöhung der Löhne am 1. April 1918 um 5 Pf., zum mindesten aber 85 Pf. pro Stunde. Die Arbeitszeit bleibt bis 1918 80 Stunden. Dem erwähnten Unternehmer wurde zugesagt, daß die Kriegsamtsstelle Straßburg und der Deutsche Holzarbeiter-Verband ihn darin unterstützen werden, von der Intendantur des 21. Armeekorps eine Erhöhung der Schreinerlohnsummen zu erlangen. — Hoffen wir, daß die Kollegen bald einsehen, daß die Organisation doch in der Lage ist, auch während des Krieges die Interessen der Mitglieder zu vertreten, und daß die Mitglieder in puncto Agitation wieder mehr leisten, als sie bisher, das heißt während des Krieges getan haben.

### Aus der Holzindustrie.

#### Verbandstag des christlichen Holzarbeiter-Verbandes.

Der Vorstand des christlichen Holzarbeiter-Verbandes beruft auf den 28. April einen Verbandstag nach Köln, der sich in der Hauptsache mit einer Forderung der Verbandschaftungen beschäftigen soll. Die entsprechenden Anträge sind noch nicht veröffentlicht, doch wird in einem Artikel im Verbandsorgan die Notwendigkeit eines Verbandstages, der eigentlich schon im Jahre 1916 hätte abgehalten werden sollen, begründet. Aus dem Aufsatz ergibt sich, daß eine

Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungsleistungen geplant ist, und daß die Zeitung des christlichen Verbandes die in unserer Organisation getroffene Einrichtung, nach welcher die Unterstützungen nur aus der Hauptkasse gezahlt werden, unter Befreiung der Zuschläge aus der Lokalkasse, für so zweckmäßig erachtet, daß sie ihre Nachahmung im christlichen Verband vorschlägt. Der Vorstand hat sich bereits mit den Zahlstellenvertretern in mehreren Konferenzen über die Frage verständigt und wird seine Anträge demnächst veröffentlichen.

### Gewerkschaftliches.

#### Die Zentralvorstände und der Massenstreik.

Das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ veröffentlicht den folgenden Bericht: „Eine Konferenz der Vertreter der Zentralvorstände fand am 1. Februar in Berlin statt. Die Konferenz nahm den Bericht der Generalkommission über ihre Stellung zu den Streiks entgegen und bekräftigte mit allen gegen zwei Stimmen ihr Einverständnis mit der von der Generalkommission beobachteten Neutralität in diesen politischen, nicht gewerkschaftlichen Bewegungen entspringenden Arbeits-einstellungen. Nach eingehender Debatte nahm die Konferenz mit allen gegen vier Stimmen eine Resolution an, in der sie ihre Auffassung von den Ursachen des Streiks präziserte. Wir sind aber zurzeit außerstande, unsern Lesern den Wortlaut dieser Resolution mitzuteilen.“

#### Emil Basner gestorben.

Am 14. Februar ist in Berlin Emil Basner gestorben, ein alter Gewerkschafter, der sich besonders um die Organisation der Schmiede große Verdienste erworben hat. Er gehörte zu den Gründern des im Jahre 1877 ins Leben gerufenen Verbandes der deutschen Schmiede und war zugleich dessen Vorsitzender und Redakteur des Verbandsorgans, des „Ambos“. Auf Grund des Sozialistengesetzes wurde im Jahre 1878 der Verband aufgelöst und das Organ verboten. Im Jahre 1885 wurde, wieder unter tätiger Mitwirkung von Basner, eine neue Zentralorganisation der Schmiede gegründet. Basner war in ihr ununterbrochen in hervorragender Stellung tätig. Bis zur Verschmelzung des Verbandes mit dem Metallarbeiter-Verband war er Vorsitzender des Ausschusses. Seit dem Jahre 1901 war er auch Vorsitzender der Zentralkrankenkasse der Schmiede. Seine Tätigkeit für die Organisation der Schmiede hat er mit der Herausgabe eines zweibändigen Werkes über die Geschichte der Schmiedebewegung abgeschlossen. Emil Basner hat ein Alter von 66 Jahren erreicht. Sein Andenken wird in der Arbeiterschaft in Ehren gehalten werden.

Der Tapezierer-Verband beabsichtigt, wie die meisten anderen Organisationen, eine Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungen durchzuführen. Es sollen Staffeltarife eingeführt werden, die für weibliche Mitglieder 4 und 60 Pf., für männliche 80 und 100 Pf. betragen, den Lokalkassen sollen 15 Prozent der Beiträge bleiben. Die Unterstützungsätze sollen erhöht und nach der Mitgliedschaftsdauer abgestuft werden. Mit der Vorlage, die der Verbandsvorstand im Verbandsorgan veröffentlicht, soll sich eine am 28. März einberufene Städtekonferenz beschäftigen, worauf die endgültige Entscheidung durch eine Urabstimmung getroffen wird.

### Literarisches.

Das Fachblatt für Holzarbeiter bringt im Februarheft Arbeiten nach Entwürfen des Bremer Architekten Rudolf Jacobs. Die Aufgabereihe über das technische Zeichnen des Tischlers wird fortgesetzt. Winkelmüller schreibt über Rücken- und Wertische, während Joseph August Luz sein Programm zur Reform der Lehrlingsausbildung weiterentwickelt.

Das Fachblatt kostet vierteljährlich 1,50 Mk. Verbandsmitglieder erhalten es bei Bezug durch die Ortsverwaltung für 1,25 Mk.

**Gestorbene Mitglieder.**  
Paul Hill, Stuhlbauer, 48 Jahre, gest. in Waldheim.  
Friedr. Kitzke, Anopfmacher, 70 J., gest. in Schmöln.  
Elisabeth Meier, Korbarbeiterin, 16 Jahre, gest. in Brandenburg.  
Ferdinand Kutschera, Tischler, 76 Jahre, gest. in Langensöls.  
**Ehre ihrem Andenken.**

**Albert Bügler**, Tischlermeister, wird geboren, seine Eltern sind in Schmöln.  
Tätige Tischler für Junggeheirten sowie ein Maschinenarbeiter und ein Stuhlmacher sofort gesucht. Carl Kührmeier, Schmiedemeister, Seine.

**Tischler** sofort gesucht. Niederländische Möbelfabrik, Krieger am Damm.

**Klopfer** auf Schwingen und Stöße verlangt. Alphonie Ludwig & Co., Berlin D. 41, Gutenberg-Str. 47.  
Tätiger Stuhlbauer sofort gesucht durch den Arbeitsnachweis der hiesigen Kreis.

**2) Korbmacher** auf runde Gefäß, Holz sollen (Went) der Holz- & Tischler, Holzwarenfabrik, Berlin S.

Korbmacher auf Flaschenkörbe gesucht von Heinrich Hoffmann, Weidenhändler u. Korbfabrik in Kurohstadt (Provinz Posen.)

**Leim** kauft jedes Quantum Bernh. Fischer Ww., Herford.

**Für die Zahlstellenbibliotheken!**  
Sondererziehung:  
**Holzarbeiter-Zeitung 1917**  
auf besseren Papier gedruckt und in gutem Einband.  
Preis einschließlich Porto 3,00 Mk. Bestellungen können nur an die Zahlstellenverwaltung in Lpz. ankommen. Jede Abnahme, auch von der Zahlstellenbibliothek bis 1000 bis 1000 bis nach ein kleiner Posten vorzuziehen.  
Verlagsanstalt:  
Des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes  
Berlin SO. 16, Am Köhlfischen Park 2.

**25 Ztr. Bockholz**  
15 bis 18 cm Stark, gegen Höchstgebot  
**zu verkaufen!**  
A. C. Kofs, Eberswalde.

**Aus meinem Leben.** Von August Hebel. 700 Bll., gebunden. 2,00 Mk.  
Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.  
**Volksersählungen** von Tolstoi, gebunden 10 Bll.  
Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

**Tischlerleim** kauft, auch kleine Posten, Otto Lindemann, Neisa.  
**Bürstenmacher-Werkzeug** gebraucht oder neu, als Bankscheren, Stockscheren, Nischkämme usw., kauft  
L. Fogelberg, Wickrath 9 (Rheinl.).

**TISCHLER-FACHSCHULE DETMOLD**  
Ausbildung zum Meister, Werkmeister und Zeichner in kurzfristigen Kursen.  
Befehligt von vielen kriegsbeschädigten-Fürsorgestellen. Antritt durch die Direktion: B. Kölscher

**Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.**  
Vermittelt vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

**Wochenbericht vom Sonnabend, 9. Februar, bis Freitag, 15. Februar 1918.**  
A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen.  
C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Zantfleiter			Möbel- macher			Stuhlmach- er			Polsterer			Drehler			Sonstige Berufstät.			Insgesamt	
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C		
Berlin	2	58	51	81	39	88	5	52	2	4	71	136	170	419						
Bremen			1			1						7	4	8	4					
Breslau	2	5	2	8		3	1		4			2	4	1	9	22				
Cöln																				
Darmstadt			2	8		1								1	3		5	17		
Ellenburg						1										8		9		
Hort																				
Hannover																				
Hamburg																				
Schneidemühl																				
Siegen																				
Leipzig	2		5	7		8	4		2	9	1	1		5	10	2	23	93	3	
München	1	2		1	8				1										2	
Zusammen	9	15	58	61	39	82	51	5	89	7	8	53	3	4	86	21	147	217	49	
Von Woche	7	12	60	43	10	101	27	4	76	13	4	50	2	2	8	37	14	157	143	40

Der Hiesige Mitglied der hier veröffentlichten paritätischen Arbeitsnachweise zu benutzen.